

„Das müsste die deutsche Politik auch nachträglich noch schamrot werden lassen“

Stand: 13:20 Uhr | Lesedauer: 11 Minuten



Von **Leonhard Landes**

Redakteur im Ressort Nachrichten & Gesellschaft



Markus Meckel verweigerte in der DDR den Wehrdienst und engagierte sich in der Friedens- und Oppositionsbewegung

Quelle: HCPlambeck

Markus Meckel war der letzte Außenminister der DDR. Der ehemalige SPD-Außenpolitiker hält den deutschen Blick auf Wladimir Putin für naiv. Seiner Partei, aber auch der Union bescheinigt er einen zentralen Fehler in der Russlandpolitik – und fordert die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine.

Markus Meckel blickt auf ein langes politisches Leben zurück. Der Pfarrer und Oppositionelle war 1989 Mitbegründer der Ost-SPD, ein Jahr später saß er nach den ersten freien Wahlen in der DDR als deren letzter Außenminister mit am Tisch bei den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen, die die deutsche Einheit vorbereiteten. Von 1990 bis 2009 war der SPD-Politiker Mitglied im Bundestag.

WELT: Herr Meckel, Sie haben kürzlich für mehrere Tage Litauen besucht. Welches Bild hat man dort vom deutschen Umgang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ([/politik/ausland/plus241103041/Ukraine-Der-doppelte-Geniestreich-der-Armee.html](https://politik/ausland/plus241103041/Ukraine-Der-doppelte-Geniestreich-der-Armee.html))?

Markus Meckel: Gerade Litauen ist Deutschland unheimlich dankbar, da wir dort jetzt für die östliche Dimension der Nato-Sicherung die Führung übernommen haben und auch zusätzliche Soldaten schicken. Die gute sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird sehr geschätzt. Aber natürlich gibt es auch Fragen: Wie nachhaltig und wie glaubwürdig ist, was hierzulande Zeitenwende genannt wird? Deutschland wird als sehr zögerlich wahrgenommen. Unsere Bundesregierung äußert in Reden zwar klare Solidarität mit der Ukraine, aber bei der Umsetzung der Versprechen gehört sie nicht zu den Schnellsten.

WELT: Die baltischen Staaten, aber auch Polen warnten lange vor der Gefahr, die von Moskau ausgeht (</politik/ausland/plus240767199/Minister-Tkachenko-Wenn-die-Ukraine-faellt-wird-Putin-Polen-angreifen-und-bis-nach-Berlin-marschieren.html>). Wieso hat sich die deutsche Politik hier verschätzt?

Meckel: Die deutsche Naivität gegenüber Putin ist nicht jung, sondern sehr alt. Im Grunde nahm sie schon bald nach Putins Amtsantritt ihren Anfang. Wenn ich an seine Rede im Deutschen Bundestag 2001 denke, anlässlich der ich ihm auch persönlich begegnet bin, dann versuchte er damals große Erwartungen und Hoffnungen zu schüren. Aber gleichzeitig war er dabei, Grosny im zweiten Tschetschenienkrieg in Schutt und Asche zu legen. Hehre Reden, mit dem Westen zusammenzuarbeiten, einerseits und diese ungeheure Grausamkeit gegen die eigene Zivilbevölkerung andererseits – das passte nicht zusammen und machte misstrauisch. Mich jedenfalls.

Es war Putin, der 2004 Gouverneure nicht mehr direkt wählen ließ. Man merkte schnell, dass die freie Presse behindert wird. Man sah von Anfang an die deutliche Behinderung der Zivilgesellschaft, etwa der NGO Memorial (</politik/ausland/article235264590/Verbot-von-Memorial-Putins-Kampf-gegen-die-Erinnerung.html>), die sich auch stark in Menschenrechtsfragen in Tschetschenien engagiert hatte. Der innenpolitische autoritäre Kurs und die schon frühe Bezeichnung der Nachbarn als das „nahe Ausland“, wo Russland besondere Interessen geltend machte und ihre Souveränität einzuschränken suchte, wurden immer problematischer. Aber diese Prozesse sind in Deutschland nicht genügend ernstgenommen worden.

WELT: Das heißt, die Regierung ist auf Putin reingefallen?

Meckel: Ich würde sagen: Man hat sich die Unterstützung Russlands nach dem 11. September 2001 durch Schweigen zur innenpolitischen Entwicklung, einschließlich des grausamen Tschetschenienkrieges, erkaufte. Der Westen brauchte Putin in Afghanistan, Kanzler Gerhard Schröder brauchte Putin in seinem Widerstehen gegen den Krieg gegen den Irak. Sowohl Schröder wie dann auch Merkel setzten auf Dialog und Kooperation und hatten zu wenig im Blick, dass sie Deutschland insbesondere energiepolitisch immer mehr abhängig von Russland machten.

Angela Merkel jedoch muss man zugutehalten, dass sie, anders als Schröder (</politik/ausland/plus239845133/Altkanzler-ueber-Ukraine-Krieg-Schroeders-Aussagen-nicht-mehr-nur-peinlich.html>), das autoritäre innenpolitische Regime Putins klar sah – und auch benannte. Aber nicht nur Deutschland hat Fehler gemacht. Anders als oft behauptet, hat die Nato nicht so viele Fehler begangen. Dass sie aber zum Beispiel nach Ausbruch des Georgienkrieges 2008 den Nato-Russland-Rat, der dafür das geeignete Gremium gewesen wäre, nicht nutzte, war ein Fehler. Es musste erst eine Initiative Deutschlands und Frankreichs geben, um den Krieg zu beenden. Ich glaube, man hätte damals den Dialog gebraucht, aber gleichzeitig auch eine klare Ansage gegenüber Russland – und die fehlte. Natürlich wissen wir nicht, was das gebracht hätte. Aber ich glaube, Putin schaut sehr genau, auf welchen Widerstand er stößt – und entscheidet dann, wie weit er geht.

WELT: Bundespräsident Steinmeier hat mittlerweile zugegeben, sich in Putin geirrt zu haben. Warum ist die SPD so vielen Irrtümern aufgesessen? Zog die Partei von Willy Brandt die falschen Lehren aus der Ostpolitik?

Meckel: Ja, ich glaube, das ist so. Wenngleich wir natürlich nicht vergessen dürfen: Die Außenpolitik der letzten 16 Jahre war die der Kanzlerin Angela Merkel. Nicht die SPD hat die Sicherheitspolitik gemacht. Verteidigungsminister waren in dieser ganzen Zeit Unionspolitiker. Die Folgen für die Bundeswehr sehen wir heute.

WELT: Einer der Architekten der Außenpolitik aber war mit Steinmeier ein SPD-Politiker.

Meckel: Ja, aber im Kabinett von Angela Merkel. Man kann die Fehler schwer auf einer Partei allein abladen. Es gibt bis heute Politiker, die diese nachgiebige Linie vertreten wie Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, andere denken wohl insgeheim ähnlich. Doch es ist richtig, dass die meisten Außenpolitiker der SPD diese Politik kritisch hinterfragen müssen.

WELT: Was wurde an der Ostpolitik falsch verstanden?

Meckel: Dass man immer nur nach Moskau geschaut hat. Ich habe mich schon in den 90er-Jahren darum bemüht, dass jeder neue Fraktions- und Parteivorsitzende der SPD zuerst nach Warschau fährt. Warschau und Frankreich sollten die ersten Besuche sein, oder auch Brüssel und die USA, aber eben nicht Moskau. Über Jahre sind die Spitzenleute allerdings erst nach Moskau gefahren. Grundlage war die auch immer wieder von Egon Bahr vermittelte, in meinen Augen falsche Perspektive, dass „**Moskau zuerst**“ auch nach 1990 gelten würde. Wir haben gegenüber Russland aufgrund der Verbrechen des Nationalsozialismus durchaus eine Verantwortung, aber diese Verantwortung gilt allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion gegenüber, und dazu gehören die Ukraine (/geschichte/zweiter-weltkrieg/article237745243/Ukraine-im-Zweiten-Weltkrieg-So-litten-Kiew-Charkiw-und-Mariupol.html), Belarus und natürlich die baltischen Staaten, für deren Mitgliedschaft in der Nato ich mich deshalb vor zwanzig Jahren intensiv eingesetzt habe.

Wir können die Verantwortung Deutschlands nicht auf Russland beschränken. Das hat doch etwas mit unseren Werten zu tun. In diese Perspektive gehört auch das Münchener Abkommen 1938; mit der Lehre, dass man einem Diktator Grenzen setzen und dass man ihm gegenüber Stärke beweisen muss.

WELT: Bereitschaft zum Dialog, aber auch Wehrhaftigkeit. Auch das gehörte zur Ost-Politik von Willy Brandt.

Meckel: Natürlich muss man miteinander reden, aber immer so, dass es ein Reden im Klartext und aus der Stärke heraus und kein naives Reden ist. Aber wir waren allzu naiv. Dass dann nach der Annexion der Krim 2014, nach diesem hybriden Krieg in der Ost-Ukraine, Nord Stream 2 begonnen wurde, dass man sich noch stärker von Russland abhängig gemacht und von einem „ausschließlich wirtschaftlichen Projekt“ gesprochen hat, das alles – das muss man nun wirklich so sagen – müsste die deutsche Politik auch nachträglich noch schamrot werden lassen.

WELT: Braucht es eine grundlegende Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik, auch mit einem Untersuchungsausschuss im Bundestag?

Meckel: Ein Untersuchungsausschuss bringt es nicht. Ich habe in den 90er-Jahren die Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur initiiert und begleitet, gerade am Anfang war es der ständige Versuch, die erkannten Fehler den anderen Parteien anzulasten. Eine Parlamentskommission hilft nicht. Es ist gut, wenn jede Partei selbst die Aufarbeitung übernimmt. Schauen Sie sich Friedrich Merz heute an, dem ich empfehle, dass er diese Politik der letzten 16 Jahre mit öffentlicher Selbstkritik zum Thema macht, genauso wie ich es der SPD empfehle, das zu tun.

WELT: Ist Ihre Partei da auf einem guten Weg?

Meckel: Ich habe bei der SPD den Eindruck, dass eine Auseinandersetzung durchaus geschieht. Der Bundespräsident hat sich geäußert und Lars Klingbeil, der Vorsitzende, redet bemerkenswert deutlich. Aber was mir heute zu wenig passiert, ist die Implementierung der „Zeitenwende“. Zur geäußerten Solidarität mit der Ukraine gehört in meinen Augen auch die Lieferung schwerer Waffen, auch von modernen Panzern. Und zwar schnell. Wer heute nach Verhandlungen und Waffenstillstand ruft, droht die russischen Eroberungen zu zementieren. Wollen wir der Ukraine empfehlen, einen Waffenstillstand einzugehen, bei der ein Teil der Ukraine abgeteilt wird? Ich glaube, das kann nicht sein. Solche Entscheidungen liegen allein in der Hand der Ukraine.

Wir müssen leider wohl feststellen: Die Frage des Schutzes Europas und der Demokratie wird im Augenblick auf dem Schlachtfeld in der Ukraine ausgetragen. Und hier braucht es schnelle und effektive Unterstützung. Aber auch das reicht nicht.

WELT: Was muss noch geschehen?

Meckel: Wir müssen dringend die Verhandlungen zur Aufnahme der Ukraine in die EU vorbereiten. Durch das Assoziierungsabkommen ist vieles bereits auf dem Weg, aber es gibt andere Bereiche, wo es Probleme gibt, etwa die Frage der Korruption, die in der Ukraine vor der Invasion durch Russland immens war. Für den Wiederaufbau der Ukraine werden große Summen bereitgestellt werden, da ist die Gefahr der Korruption umso mehr gegeben. Vorbereitungen müssen auch bei der Angleichung des Rechts und dem institutionellen Aufbau geschehen. Ich denke, dass wir anders, als es die Ukraine gewünscht hat, keinen verkürzten Weg in die EU bieten sollten. Aber dieser Prozess muss intensiver und schneller werden. Dazu habe ich auch einen Vorschlag.

WELT: Welchen?

Meckel: Wir sollten für alle Beitrittskandidaten der EU, also auch für die Ukraine und auch für die Moldau einen Beobachterstatus im EU-Parlament schaffen. Das hätte einen großen Effekt. Die Beobachter sollten nicht entsandt, sondern auch gewählt werden. Für die Wahl würde dann in den Ländern auch eine Auseinandersetzung über Europa stattfinden. Die Politiker aus verschiedenen Parteien würden den europäischen Diskurs und das Prozedere von Entscheidungen kennenlernen. Das sind zentrale Erfahrungen. Diesen Beobachterstatus zu schaffen, wäre ein riesiges politisches Signal. Es würde zeigen, dass unsere Entscheidung zur künftigen Aufnahme unumkehrbar ist, dass wir es ernst meinen und dass wir den Prozess nicht Beamten überlassen.

„Widerspreche den baltischen Staaten und Finnland, die russische Bürger pauschal nicht mehr einreisen lassen wollen“

WELT: Ziel der deutschen Außenpolitik der vergangenen Jahre war, eine Sicherheitsarchitektur in Europa zu errichten, die auch Russland einschließt. Wie kann die Zukunft der Sicherheit in Europa aussehen? Ist das nur noch gegen Russland möglich?

Meckel: Eine Perspektive, die Russland einschließt, bleibt weiter nötig, aber auf absehbare Zeit ist dieser Weg wohl ausgeschlossen. Es sei denn, Putin würde morgen den vollständigen Rückzug aus der Ukraine anordnen. Solange russische Eroberungstruppen in einem anderen Land stehen, kann man nicht über Sicherheitsstrukturen reden. Wir müssen auch sehr deutlich machen, dass es jetzt zuallererst darum geht, für die Gefahr, die von Russland ausgeht, gewappnet zu sein.

WELT: Gibt es Möglichkeiten, Elemente in der russischen Gesellschaft zu stärken, die gegen den Krieg sind?

Meckel: Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt. Ich widerspreche da auch den baltischen Staaten und Finnland, die russische Bürger pauschal nicht mehr einreisen lassen wollen. Hier finde ich die deutsche Position richtig, bei der Visapolitik nicht auch die Kritiker Putins abzuweisen. Leider geschieht das zurzeit schon, auch durch Deutschland.

Wir müssten doch bereit sein, uns als Heimstätte für die demokratische Opposition in Russland anzubieten. Es gibt auch Menschen aus Belarus, die unter Repressionen litten und in die Ukraine fliehen mussten. Wenn sie mit anderen Flüchtlingen aus der Ukraine nach Deutschland kommen, haben sie nicht die gleichen Rechte wie die Ukrainer. Das ist ein Skandal, das muss man ändern.

WELT: Sie waren in der DDR Teil der Friedensbewegung, haben sich für Abrüstung eingesetzt und erlebt, wie die Sowjetunion zerbrach und sich Russland für den Westen öffnete. Wie sehr betrübt Sie die aktuelle Lage?

Meckel: Das ist natürlich zutiefst betrüblich. Aber gleichzeitig bin ich einen weiten Weg gegangen. In der DDR habe ich den Wehrdienst total verweigert. Nicht nur, weil ich Pazifist war, sondern ganz stark natürlich wegen der nationalen Frage. Die gesamte Familie lebte im Westen. Es war meine Überzeugung, dass mit Waffen allein kein Frieden zu machen ist. Und natürlich hing das auch mit der deutschen Verantwortung zusammen, dass von uns Krieg und furchtbare Schrecken ausgegangen waren.

Später, in den 70er- und 80er-Jahren, haben wir uns für Abrüstung und gegen die Strukturen des militärischen Aufschaukelns von Ost und West gewandt. Es war klar, jeder Krieg würde ein Atomkrieg sein. Heute ist das nicht mehr so einfach der Fall. Seit Anfang der 90er-Jahre war ich für die Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Weil es dabei, wenn man so will, um die Implementierung von Recht ging und geht. Aber wir dürfen das Militärische nicht nur isoliert betrachten, was leider häufig noch geschieht, es gehört jedoch in einen größeren sicherheitspolitischen Kontext, in dem auch die zivilen Elemente eine zentrale Rolle spielen.

WELT: Lassen Sie uns zum Abschluss über Ostdeutschland sprechen. In einer Umfrage des Instituts Forsa waren 65 Prozent der Befragten im Osten der Meinung, angesichts der Gasknappheit soll Gas durch Nord Stream 2 fließen. 32 Prozent konnten sich gar vorstellen, alle Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Was ist da los?

Meckel: Keine leichte Frage. In Ostdeutschland hängt das vielleicht wirklich mit der positiven Erfahrung mit Gorbatschow zusammen. Vorher stand die Sowjetunion mit ihren in der DDR stationierten Truppen nicht im guten Licht. Dazu die Erfahrung seit 1953, wo notwendige Veränderung begann – es kamen Panzer. Mit Gorbatschow hat sich das alles gedreht. Plötzlich wurde das, was sich in Moskau änderte, zum Hoffnungszeichen. Diese

Grundstimmung „Wir müssen das mit der Sowjetunion machen, und das ist gut“ sitzt im Osten besonders tief. Dazu kommt: Wir Deutschen haben uns in den letzten Jahrzehnten wenig Gedanken über die Sicherheit gemacht. Dafür traten im Wesentlichen andere ein.

Wir brauchen aber einen sicherheitspolitischen öffentlichen Diskurs, den alle Bundesregierungen bisher versäumt haben. Es muss deutlich werden: Wir müssen jetzt für unsere Sicherheit viel stärker allein aufkommen. Wir können uns im Übrigen auch nicht mehr blind auf Amerika verlassen. Glücklicherweise haben wir Joe Biden als Präsidenten in den USA, aber wir wissen ja nicht, wie die Wahl 2024 ausgehen wird.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241104823>